



STIFTUNG FÜR DAS  
TIER IM RECHT



**NZZ am Sonntag, 30. April 2017**

### **Allianz für den Tierschutz Lobbying für Tiere verstärken**

Vier Tierschutzorganisationen wollen künftig gemeinsam und früher auf die Gesetzgebung Einfluss nehmen. Zu ihren Forderungen gehört die Ausweitung der Schweizer Standards auf Importe.

Jan Flückiger

Die Anliegen des Tierschutzes würden in der Öffentlichkeit viele Sympathien geniessen, nicht aber unter der Bundeshauskuppel. Dies hat Katharina Büttiker, Stiftungsratspräsidentin von Animal Trust, am Donnerstag in Bern vor Medienvertretern konstatiert. Deshalb hat sich ihre Organisation mit drei weiteren Tierschutzorganisationen – Vier Pfoten, Wildtierschutz Schweiz sowie Stiftung für das Tier im Recht – bereits 2014 zusammengetan und die neue Alliance Animale Suisse ins Leben gerufen. Bisher ist diese Allianz weitgehend unbeachtet geblieben. Dies soll sich nun ändern. Am Donnerstag hat sie ihre sieben Kernforderungen präsentiert: Hiesige Tierschutzstandards sollen auch für Importe gelten. Namentlich der Import von tierquälerisch hergestellten Produkten – etwa Stopfleber, Froschschenkel, Haifischflossen oder Pelze – soll generell verboten werden. Dabei sollen WTO-Bestimmungen nicht als Ausrede herangezogen werden, wie dies Bundesrat und Parlament teilweise täten, denn Verbote aufgrund von ethischen Standards eines Landes seien durchaus WTO-konform.

**Bund soll Abschüsse regeln**

Dem Tierschutz müsse – wie dem Artenschutz – ein Beschwerderecht eingeräumt werden. Der Artenschutz selber müsse vermehrt das Tierwohl in den Fokus nehmen. So gelte es etwa die Bestandesregulation des Höckerschwans, wie ihn das Parlament beschlossen habe, nochmals zu überdenken. Abschüsse von einzelnen Tieren sollen überdies immer auf Bundesebene bewilligt werden; die Subsidiarität habe beim Artenschutz nichts zu suchen. Die Kantone fordert die Allianz auf, verfahrensrechtliche Strukturen zu schaffen und «Vollzugsdefizite» anzugehen. Generell müsse die Tierwürde «unserer Mitgeschöpfe» im politischen Prozess vermehrt geachtet werden, so wie dies die Verfassung vorsehe.

Die Forderungen sind allesamt nicht neu, und es sind auch entsprechende Vorstösse hängig. Die Allianz konstatiert aber, dass die frühzeitige Information der Politiker noch verbesserungsbedürftig sei. Indirekt kritisiert sie damit auch den Schweizer Tierschutz (STS), die älteste national tätige Tierschutzorganisation. Der STS wolle oft lieber alleine arbeiten, sagte Büttiker, aber es gehe hier nicht um Konkurrenz, sondern um ein konstruktives Nebeneinander. Man wolle schlicht näher an die Politik rücken und ihr nicht stets hinterherrennen, sagte Marion Theus, Präsidentin von Wildtierschutz Schweiz.

Für die proaktive Interessenvertretung im Parlament hat die Allianz mit Michael Gehrken einen erfahrenen Bundeshaus-Kenner an Bord geholt. Dieser räumte ein, dass andere Organisationen wie der WWF oder Pro Natura punktuell für dieselben Anliegen lobbyierten. Da werde man auch zusammenarbeiten. Ziel der Alliance Animale Suisse sei es jedoch, als stete Stimme für die Tierrechte präsent zu sein.

**Polparteien sind offener**

Tierschutz sei weniger ein parteipolitisches Thema als eine Frage der persönlichen Ethik, so Gehrken. Es gebe in allen Parteien Vertreter, denen dieser wichtig sei. Büttiker ergänzte, dass sich als Partei vor allem die SP als Vorkämpferin hervortue – interessanterweise stärker als die Grünen. Bei SVP-Politikern stosse man ebenfalls öfter auf offene Ohren. Auch die Bauern seien teilweise mit an Bord – etwa bei den Importvorschriften –, wenn hier auch aus anderen Motiven. Die FDP hingegen habe mit Tierschutz noch wenig am Hut.